



Zwei Jahre vor der Pogromnacht 1938:

Bau einer neuen Synagoge geplant

Im Jahr 2018 jährt sich die sog. Reichskristallnacht oder Pogromnacht zum achtzigsten Mal. 1938 wurden in der Nacht vom 9. zum 10. November überall in Deutschland von einem durch das nationalsozialistische Regime aufgestachelten Mob die Gotteshäuser der jüdischen Mitbürger geschändet und zerstört.

Die alte Synagoge

In Schaafheim gab es eine kleine Synagoge, die im Hof eines bäuerlichen Anwesens in der Spitzengasse 3 stand. Sie war im Jahr 1840 erbaut worden, dem selben Jahr, als die evangelische Kirche gebaut wurde. Das Anwesen war im Besitz der jüdischen Gemeinde, die aus 46 Personen bestand. Allerdings musste sie es kurz nach Fertigstellung der Synagoge vermutlich aus Geldmangel verkaufen. Die Synagoge selbst blieb jedoch weiterhin im Besitz der jüdischen Gemeinde und wurde von ihr genutzt. Sie stand dann als Enklave auf privatem Grund des neuen, nichtjüdischen Besitzers.

Einhundert Jahre später, im Jahr 1940, wurde dieses Gebäude an die damaligen Hofbesitzer, das Ehepaar Breitwieser, verkauft, nachdem es in der Pogromnacht geschändet worden war. Fortan wurde es für landwirtschaftliche Zwecke genutzt und 1953 schließlich abgebrochen. Aus dieser Synagoge stammt die Sandsteinsäule, die im Jahr 2013 am 75. Jahrestag der Pogromnacht als Mahnmal an der Kirchentreppe aufgestellt wurde.

Pläne für eine neue Synagoge

Aus dem Besitz einer Nachfahrin des damaligen Besitzers stammen Unterlagen, nach denen schon drei Jahre vor der Pogromnacht der Bau einer neuen Synagoge an einer anderen Stelle in Schaafheim beabsichtigt wurde. Aus einem ersten Schreiben des Hessischen Rabinats Darmstadt II an Friedrich Breitwieser I. vom 30. Januar 1935 geht hervor, dass dieser wünschte, ihm das Synagogengebäude auf seinem Anwesen abzutreten. Rabbiner Dr. Merzbach weist in

Israelitisches Rabbinat Darmstadt II
(Rabbinat der Israelitischen Religionsgesellschaft)
Rabbiner Dr. J. Herzbach

Darmstadt, den 30. Januar 1935
Landwehrstraße 14 · Fernsprecher 1035

Herrn

Friedrich Breitwieser I.
Schaafheim.

Als dem Rabbiner der Isr. Religionsgemeinde Schaafheim obliegt es mir, die Regelung sämtlicher mit der dortigen Synagoge im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten zu übernehmen.

Ihrem Wunsche, dass das Synagogengebäude Ihnen abgetreten werde, würde die Religionsgemeinde Schaafheim gerne nachkommen. Bei der Kleinheit der Gemeinde ist diese jedoch nicht in der Lage, auch bei Verfügungstellung eines Platzes, aus eigenen Mitteln eine neue Synagoge zu bauen. Die jüdischen Organisationen sind verarmt, und dem Rabbinat stehen keinerlei Mittel zur Beihilfe für diesen Zweck zur Verfügung.

dem Schreiben darauf hin, dass die Religionsgemeinde Schaafheim dem Wunsch gerne nachkommen würde, sie aber „*bei der Kleinheit der Gemeinde*“ jedoch nicht in der Lage sei, „*auch bei Verfügungstellung eines Platzes aus eigenen Mitteln eine neue Synagoge zu bauen*“. Die jüdischen Organisationen seien verarmt und dem Rabbinat stünden keinerlei Mittel zur Beihilfe für diesen Zweck zur Verfügung.

Nach Hinweisen auf den rechtlich gesicherten Zugang zur Synagoge auf dem Anwesen schließt das Schreiben mit dem Satz „*Sollten Sie mir Vorschläge machen können, wie die Gemeinde anstelle des alten in den Besitz eines anderen Gotteshauses kommen kann, so stehe ich gerne in der Behandlung solcher Vorschläge zur Verfügung.*“ [Anmerkung: Nach jüdischer Tradition wird der Name „Gott“ weder ausgesprochen noch geschrieben. Daher die Schreibweise „Gotteshaus“ in den Briefen des Rabbiners.]

Sollten Sie mir Vorschläge machen können, wie die Gemeinde anstelle des alten in den Besitz eines anderen Gotteshauses kommen kann, so stehe ich gerne in der Behandlung solcher Vorschläge zur Verfügung, wie ich dies bereits dem Landbauernführer „Blut und Boden“ mitgeteilt habe.

Hochachtungsvoll

Rabbiner Dr. Herzbach

Im März 1935 fand ein Ortstermin anlässlich des Besuchs des Rabbiners Dr. Merzbach statt. Er fasst das Ergebnis in einem Brief wie folgt zusammen: „Die jüdische Gemeinde ist bereit, in dem Augenblick Ihnen ihr G^{tt}teshaus zum eigenen Besitz zu übergeben, in dem sie selbst ein anderes geeignetes G^{tt}teshaus ihr eigen nennen kann. [...] Die Gemeinde übernimmt die Inneneinrichtung der zu erwerbenden Baulichkeit, für die ein einfaches Gebäude, das aber geräumig und stabil sein muss, genügt. [...] Die Übernahme der Kosten und Erwerb des Hauses kommt für die Gemeinde nicht in Frage, nachdem diese die erfahrungsgemäss stets teurere als veranschlagte Inneneinrichtung tragen muss.“

Nun kamen die staatlichen Behörden ins Spiel. Mit Datum „13. Scheiding“ (September) 1935 erhält Hofbesitzer Breitwieser ein Schreiben vom „Reichsnährstand Blut und Boden – Landesbauernschaft Hessen-Nassau“, in dem das Amt sein Einverständnis mit der mit dem Rabbinat getroffenen Regelung erklärt. „Das Reichsverwaltungsamt hält es für gerechtfertigt, der jüdischen Gemeinde ein anderes Stück Land zum Ersatz anzubieten.“

Reichsnährstand		
Landesbauernschaft Hessen-Nassau Verwaltungsamt		Frankfurt a. M., 13. Scheiding Bodenheimer Landstr. 25 (Sept.) 1935. Fernsprecher: Sammel-Nr. 70901 für Orts- und Schnellverkehr und 70901 für Fernverkehr
Gefsch.-Z. I/G 1 zu 15206/35. <u>(Im Schriftverkehr stets angeben.)</u>		Ciro-Konten: Königliche Landesbank, Darmstadt Landeskommunalbank-Cirozentrale, Darmstadt Landesbauernschaft Rhein-Main-Deckel, Frankfurt a. M. Kölnische Landesbankstelle, Frankfurt a. M. Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 73747
Betr.: Ihr Gefsch.-Z.		
Schreiben vom		

Die Lage der Juden verschlechtert sich

Nur wenig später, am 8. Oktober, wird seitens des Rabbiners eine neue Idee präsentiert. Er bestätigt die bisherigen mündlichen Abmachungen, schreibt aber: „Indessen soll wiederum das Projekt der Errichtung eines neuen Gebäudes ins Auge gefasst worden sein. Wenn schon damals erklärt werden musste, dass die jüdischen Mitglieder der Gemeinden, ebensowenig wie zentrale Stellen, die Mittel für den Ausbau eines solchen Gebäudes zur Verfügung zu stellen nicht in der Lage sein werden, so gilt das unter den inzwischen ver-

änderten Umständen gewiss in weit höherem Masse. Die Unsicherheit, wie lange die dortigen Gemeindeglieder noch dort ansässig sein können [...] kann Geldausgaben zur Errichtung einer neuen Synagoge heute nicht rechtfertigen. Wohl wird dagegen die jüdische Gemeinde bei ihrem einmal gegebenen Wort, in den Tausch einzuwilligen, verbleiben.“

Jetzt redet die Geheime Staatspolizei mit

Rabbiner Dr. Merzbach schreibt an die Geheime Staatspolizei Darmstadt am 25. März 1936 einen ausführlichen Brief, in dem er die Situation der Schaafheimer Synagoge schildert und vor allem auf die sich verschlechternde Lage der Schaafheimer Juden hinweist. Er geht zuerst auf den Raumbedarf ein. *„Seitens der jüdischen Gemeinde [werden] keinerlei grosse Ansprüche auf die Art eines solchen Raumes gemacht. [...] Ein Raum, der Kultusgegenstände aufnehmen und für etwa zwölf Beter Platz böte, bei dem noch eine Teilung zu weiterem Platz für zwölf Beterinnen als Frauenabteil möglich wäre, könnte zur Not als ansprechend seitens der jüdischen Gemeinde angenommen werden. Schätzungsweise dürfte ein Raum von 5 X 6 m dafür genügen, auch wenn er nur normale Zimmerhöhe hat. Es wäre schliesslich noch notwendig, dass der Raum ein ordentlicher, feuersicherer Bau ist und nicht etwa eine Holzhütte.“*

Nun geht Rabbiner Dr. Merzbach auf die wirtschaftliche Not der jüdischen Gemeinde ein. *„Es ist durch die Verringerung ihrer Mitgliederzahl und durch Verarmung derselben die jüdische Gemeinde in Schaafheim heute nicht in der Lage, solche nennenswerte Kosten, wie die Ausgestaltung eines Rohbaues erfordern würde, aufzubringen. Es sei bemerkt, dass schon im Jahre 1934 sämtliche Mitglieder der Gemeinde Schaafheim einkommensteuerfrei waren und inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse dort noch erheblich verschärft.“* [Anmerkung: Unterstreichungen durch Dr. Merzbach] *„Es kann den Gemeindegliedern, von denen manche nicht wissen wie sie ihr Leben fristen sollen, nicht zugemutet werden, die Kosten und Ausgestaltung eines Rohbaues zu übernehmen, dies umso weniger als die Möglichkeit der Auswanderung einer Reihe von Gemeindegliedern immer grösser wird und nicht vorauszusehen ist, ob überhaupt noch lange Juden in Schaafheim ihren Wohnsitz haben werden.“*

Vertragliche Vereinbarung

Und doch kam es am 12. Oktober 1936 zu einem Vertrag. Hier der Wortlaut:

„Zwischen dem Bauer Friederich Breitwieser dem Ersten von Schaafheim und den Haushaltungsvorständen der hier wohnenden israelitischen Familien kam folgende Vereinbarung zustande.

- 1. Der Bauer Friederich Breitwieser der Erste von Schaafheim errichtet der israelitischen Religionsgemeinde Schaafheim eine neue Synagoge und stellt hierzu das erforderliche Gelände auf seinem Grundstück im Viehtrieb an der Langstädterstrasse und zwar am Ende gegen den Ort. Die inneren Masse werden wie folgt festgelegt: Länge 6 Meter, Breite 5 Meter, Höhe 3 Meter. Das Mauerwerk wird aus Ringofensteinen in 25 cm Stärke hergestellt und das Dach mit Ziegeln eingedeckt. Die Ausführung erfolgt fachmännisch aus gutem Material.*
- 2. Die israelitische Religionsgemeinde übereignet nachdem der Bau der neuen Synagoge fertiggestellt ist, die alte Synagoge an den Bauer Friederich Breitwieser dem Ersten von Schaafheim. Zugleich wird die neue Synagoge mit Grund und Boden an die israelitische Religionsgemeinde übereignet.*
- 3. Den Plan lässt Friederich Breitwieser sofort ausfertigen und holt vom Rabbinat die Zustimmung hierzu ein.*
- 4. Die israelitische Religionsgemeinde leistet zu den Herstellungskosten der neuen Synagoge einen Zuschuss von 120,- RMark.“*

Unterschrieben ist dieser Vertrag von

*Friederich Breitwieser I.
Leopold Fuld II.
Nathan Lehmann
Julius Fuld*

Das Ende war schrecklich

Der Plan kam nicht mehr zur Ausführung. Die Bedrängnis der Juden in Deutschland wurde immer größer. Eine ganze Reihe jüdischer Mitbürger verließ Schaafheim und konnte noch rechtzeitig auswandern. Am 9. November 1938, zwei Jahre nachdem der obige Vertrag geschlossen worden war, wurde die noch bestehende Synagoge in der Spitzengasse in einer „spontanen Volkserhebung“, wie es damals bezeichnet wurde, geschändet und demoliert.

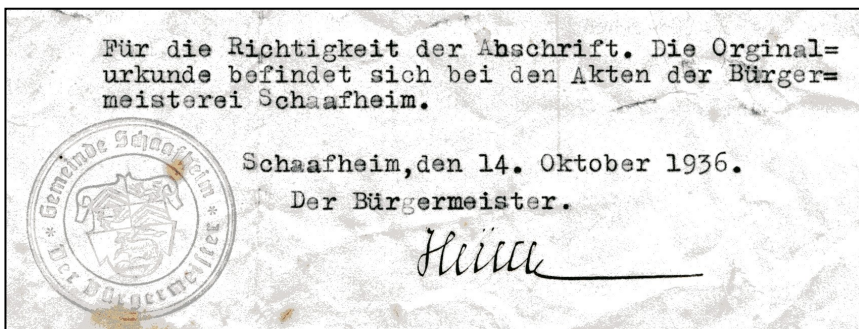
Dieser Tag war das Ende der jüdischen Gemeinde in Schaafheim und auch das Ende ihrer Synagoge. Die Zurückgebliebenen wurden nach Kriegsbeginn deportiert und in Konzentrationslagern umgebracht.

Quellen:

- Originalbriefe des Hessischen Rabinats II vom 30. Januar, 13. März und 8. Oktober 1935
- Originalbrief des Reichsnährstand Blut und Boden – Landesbauernschaft Hessen-Nassau vom 13. September 1935
- Auszugsweise Abschrift des Briefs des Hess. Rabinats Darmstadt II an die Geheime Staatspolizei Darmstadt vom 25. März 1936 – beglaubigt von der Geheimen Staatspolizei Darmstadt am 5. Mai 1936



- Abschrift des Vertrags vom 12. Oktober 1936 – beglaubigt vom Schaafheimer Bürgermeister Höreth am 14. Oktober 1936 mit dem Vermerk „Die Originalurkunde befindet sich bei den Akten der Bürgermeisterei Schaafheim.“ (Dort konnte sie noch nicht gefunden werden.)



- „Aus Großvaters Kindertagen“ Folge 256 von Hans Dörr (1988)
- „Spuren jüdischen Lebens in Schaafheim ab 1700“ von Wolfgang Roth in www.historisches-unterfranken.uni-wuerzburg.de
- „Eine kleine Geschichte der Schaafheimer Synagoge“; Artikel von Wolfgang Roth in der Schaafheimer Zeitung (2013)

Die Schreibweise der Zitate entspricht den Originalen.

Die Originalunterlagen befinden sich in Privatbesitz.

Herausgegeben vom
HEIMAT- UND GESCHICHTSVEREIN SCHAAFHEIM E.V.
(Copyright)
Zusammengestellt von Eicke Meyer